

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwir

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Tolox: 8 96 846 pbbn
Telefax: (0228) 9 15 20-12

Inhalt

Professor Dr. Uwe Holtz MdB erläutert die Aufgaben einer in Bonn stattfindenden internationalen Parlamentarier-Konferenz: Building Global Human Security.

Seite 1

Heidemarie Wjeczorek-Zeul MdB kommentiert den Ausgang der Parlamentswahlen in Norwegen: Oslo, die Sozialdemokraten und Europa.

Seite 2

Lydia Westrich MdB kritisiert den Bonner Umgang mit der Bahn: Verantwortung wird abgeschoben.

Seite 3

Dokumentation

Gegen den großen Lauschan-griff hat sich die Gustav-Heinemann-Initiative in einem Argumentations-Papier ausgesprochen: "Wir wollen nicht zurück zum wilhelminischen Obrigkeitsstaat". Wortlaut

Seite 4

48. Jahrgang / 176

15. September 1993

Building Global Human Security

Eine Parlamentarier-Konferenz will sich in Bonn um die Vertiefung der internationalen Verständigung bemühen

Von Professor Dr. Uwe Holtz MdB

Vorsitzender des Bundestage-Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Sicherheit kann nicht mehr allein als Sicherheit von Staaten vor militärischer Bedrohung von außen verstanden werden. Bürgerkriege und ethnische Auseinandersetzungen, Umweltschäden, Terrorismus, Bevölkerungsexplosion, Armut und krasse soziale Ungerechtigkeiten, Krankheiten, Diktaturen und massive Menschenrechtsverletzungen, Flüchtlings- und Migrationsströme sowie die zunehmend international organisierte Kriminalität bringen stabilitäts- und friedensbedrohende Gefahren mit sich.

Vor diesem Hintergrund und anschließend an die RIO-Konferenz von 1992 will die vom 17.-18. September in Bonn stattfindende Europäische Parlamentarier-Konferenz einen Beitrag für ein neues, um demokratische, menschenrechtliche, soziale, ökonomische und ökologische Komponenten erweitertes Konzept von menschlicher globaler Sicherheit leisten. Ein wichtiges Ziel der Konferenz muß es sein, dieses neue Konzept auszufüllen und von der "Militarisierung" des Friedens- und Sicherheitsbegriffs zu seiner "Humanisierung" zu führen. Die Konferenz im Wasserwerk findet zu einem günstigen Zeitpunkt statt, nämlich im Vorfeld des UNO-Weltsozialgipfels 1995; insofern sind von hier aus wichtige Impulse für diesen Gipfel zu erwarten (der im übrigen ins 50. Geburtstagsjahr der UNO fällt).

Um so mehr freut es mich, daß der Deutsche Bundestag Gastgeber für diese Konferenz ist. Als Vorsitzender des von den Bundestagsfraktionen gebildeten Gastgeberkomitees für die Konferenz bin ich der Auffassung, daß die Konferenz noch aus anderen Gründen zum richtigen Zeitpunkt kommt. Eine weitreichende Debatte über das Scheitern der alten, vorrangig militärischen Sicherheitskonzepte und über die Notwendigkeit von neuen Sicherheitskonzepten bei der Bekämpfung der globalen Friedensbedrohungen ist im Gang.

Verlag, Redaktion und Druck:

Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressohaus I/217, 53113 Bonn
Postfach 12 04 08, 53046 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM B2 50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Veröffentlicht durch
den Deutschen Bundestag
www.bundestag.de



Nicht nur bei der UNO, auch hier im Bundestag wird über die neue friedensstiftende Rolle der Weltinstitution diskutiert. Somalia verdeutlicht die Problematik der Einführung des Sicherheitsverständnisses auf das bloß Militärische.

Was erwartet der Bundestag von der Konferenz? Er hofft - und hier zitiere ich die Präsidentin des Deutschen Bundestags -, daß die Wasserwerkskonferenz einen wichtigen Meilenstein nicht nur auf dem Weg zu einem weitegreifenden und tieferen Verständnis von globaler menschlicher Sicherheit, sondern auch für eine neue Politik insgesamt darstellen möge.

Das Konferenzthema "Schaffung globaler menschlicher Sicherheit" wird in vier Arbeitsblöcken abgehandelt. Vorsitz und Sprechergruppen sind jeweils hochkarätig besetzt. Zugesagt haben u.a. Oscar Arias, Friedensnobelpreisträger und früherer Präsident Costa Ricas, der UNO-Vermittler Thorvald Stoltenberg und Juan Somavia, Vorsitzender des Wirtschafts- und Sozialrats der UNO. Sprechen werden auch der Staatssekretär im Entwicklungsministerium, Hans-Peter Reppnik, und Johannes Rau, Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen.

Themen der vier Arbeitsblöcke werden sein: "Frieden und Sicherheit", "Strukturanpassung im Norden", "Umstrukturierung der Hilfe", "Global Governance".

Der Entwicklungspolitik wächst auch im Rahmen von globaler menschlicher Sicherheit eine neue Bedeutung zu. Sie soll vor allem im Rahmen von Strukturhilfe zukünftig gezielt Beiträge zur Bekämpfung der wichtigsten stabilitätsbedrohenden Gefahren und Probleme leisten. Eine solche Politik sollte von erheblichen Binnenreformen und Eigenanstrengungen in den Entwicklungsländern, von einer fairen Umgestaltung des Welthandelsumfeldes sowie von Strukturveränderungen in den Industrieländern begleitet sein.

Entwicklungspolitische Maßnahmen dürfen im übrigen nicht von der "klassischen" Außen-, Wirtschafts-, Finanz- und Rüstungsexportpolitik konterkariert werden.

Insgesamt werden etwa 170 Abgeordnete aus 18 OECD-Geberländern, dem Europaparlament und der Parlamentarischen Versammlung des Europarats zur Wasserwerks-Konferenz erwartet, hinzukommt etwa die gleiche Zahl an internationalen Beobachtern und Vertretern von Nicht-Regierungsorganisationen aus dem entwicklungsrelevanten Bereich.

Im übrigen können sich die internationalen Gäste während der Konferenztage auch davon überzeugen, daß Bonn ein guter Standort für internationale Institutionen ist. Auch deshalb begrüßen Bundestag, Bundesregierung, Landesregierung und die Stadt Bonn, daß der Veranstalter, die Society for International Development, Bonn als Konferenzort gewählt hat.

(-/15. September 1993/rs/ka)

Oslo, die Sozialdemokraten und Europa Zum Ausgang der Parlamentswahlen in Norwegen

**Von Heldemarie Wiczorek-Zeul MdB
Europapolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion
Mitglied des SPD-Präsidiums**

Die SPD-Bundestagsfraktion begrüßt den Ausgang der Parlamentswahlen am Wochenende in Norwegen und beglückwünscht die amtierende und zukünftige Ministerpräsidentin Gro Harlem Brundtland zu ihrem deutlichen Wahlsieg. Nach vorliegenden Ergebnissen konnte die sozialdemokratische Arbeiterpartei, unter der Führung Gro Harlem Brundtlands, ihren Stimmenanteil um etwa drei Prozent auf etwa 37 Prozent erhöhen und bleibt damit stärkste politische Kraft in Norwegen. Der Fortbestand sozialdemokratisch geprägter Politik in Norwegen ist somit gewährleistet. Der Sieg der Arbeiterpartei in diesem schwierigen Wahlkampf ist auch gerade auf

die Führungsqualitäten und die Integrationsfähigkeit der mehrfachen Ministerpräsidentin Brundtland zurückzuführen.

Der Hinweis darauf, daß die EG-kritisch eingestellte Zentrumspartei, die ihren Wahlkampf darauf abgestimmt hat, gegen die EG Stimmung zu machen, ihren Stimmanteil etwa verdreifachen konnte, ist ein Signal, das von der EG-Kommission und den EG-Mitgliedstaaten richtig verstanden werden sollte. Es kommt sehr auf das Verhandlungsergebnis mit der Kommission der Europäischen Gemeinschaft auf, in den Beitrittsverhandlungen mit Norwegen auf ein Ergebnis abzustellen, das es der norwegischen Bevölkerung ermöglicht, in dem nach dem Abschluß der Verhandlungen mit der Kommission angekündigten Referendum ihre Zustimmung zu einem Beitritt zur EG zu erklären. Dabei werden insbesondere die Belange Norwegens im Bereich der Fischerei und Landwirtschaft in angemessener Weise zu berücksichtigen sein. Auch ist ein erfolgreicher Abschluß der Beitrittsverhandlungen mit Schweden und Finnland geeignet, die gegenwärtig in der norwegischen Bevölkerung noch überwiegende Skepsis gegenüber der EG abzubauen.

(-/15. September 1993/rs/ks)

Bonn hat das Thema "Bahn" schon abgehakt

Die Verantwortung für die Schiene wird auf die Länder und Kommunen abgeschoben

Von Lydia Westrich MdB

Statt detaillierte Fakten als Entscheidungshilfe für Kommunalpolitiker zu liefern, dokumentiert die Bundesregierung mit ihrer Antwort Hilflosigkeit und Unkenntnis.

Erneut wird deutlich, daß die Bundesverkehrspolitik - entgegen allen Beteuerungen - eine Gleichrangigkeit von Straße und Schiene nicht kennt. Der Umfang von Straßenneu- und Ausbauprojekten war und ist beträchtlich. Dagegen sind in Deutschland-West in den letzten fünf Jahren auf über 1.000 km Streckenlänge der Güterzugbetrieb und auf über 500 km Streckenlänge der Personennahverkehr auf Dauer eingestellt worden.

Die von der Bundesregierung propagierte Regionalisierung der Bahnnebenstrecken wird als Wundermittel im Rahmen der Privatisierung gepriesen. Nur, wie sie funktionieren soll, weiß im Verkehrsministerium offenbar niemand. Bereits 13 (!) Nebenstrecken wurden regionalisiert. Offenbar taugen die dort gemachten Erfahrungen aber nicht für die Zukunft. Gefragt nach den Konditionen, mit denen Gemeinden zukünftig rechnen können, wenn sie einen Übernahmeantrag stellen, heißt es lapidar, daß eine Änderung des bisherigen Verfahrens erforderlich sei.

Das Verkehrsministerium ist nicht in der Lage, auch nur Rahmenbedingungen zu nennen, die geeignet wären, kommunalen Entscheidungsfindungen zu fördern. Es gibt dort weder Vorstellungen davon, auf welchen regionalen Strecken das - immer noch (!) - Bundesunternehmen Bahn in Zukunft weiter reduziert werden soll, noch, wo Modernisierung und Neubau erforderlich, oder wo und wie Verkehrsverbundsysteme in ländlichen Regionen möglich und notwendig sind, um die Bahn zu einem zeitgemäßen und leistungsfähigen Verkehrsmittel zu machen, das mit Recht mit dem Slogan "Vorfahrt Bahn" werben könnte.

Das Bundesverkehrsministerium hat das Thema "Bahn" offenbar schon abgehakt. Die Absicht, die Verantwortung dafür an Länder und Kommunen abzuschieben, verschleierte einerseits die Konzeptionslosigkeit des Ministeriums. Andererseits paßt sie in die Strategie des ständigen Aussitzens, also der "Nicht-Entscheidung" sowie der Verlagerung von Verantwortung und finanzieller Belastung auf Länder oder Kommunen und immer wieder auf die bereits arg geschröpften Steuerzahler.

Verkehrs- und umweltpolitisch macht es keinen Sinn das Autofahren zu verteuern und öffentliche Verkehrsmittel abzubauen. Der Bundeswirtschaftsminister will die Benzinpreise Schritt für Schritt erhöhen und der Umweltminister träumt sogar von 5 DM pro Liter Sprit. Dann würde so verkündete es das Frühstücksfemsehen dieser Tage - zwei Drittel der Autofahrer auf die Bahn umsteigen. Auf welche Bahn? Weit über die Hälfte des Schienennetzes sind Nebenstrecken, von denen die Bundesregierung nicht weiß, ob dort zukünftig noch Züge verkehren werden.

Die Kommunen besonders auf dem Land sind jedenfalls längst am Ende ihrer finanziellen Belastbarkeit. 75 Prozent ihrer Mittel sind bisher schon durch Pflichtaufgaben gebunden und das mit steigender Tendenz, wenn immer mehr Bürger durch die falsche Arbeitsmarktpolitik zu Sozialhilfeempfängern degradiert werden. Herr Töpfer will auch noch die Defizite einer verfehlten Abfallpolitik den Kommunen aufbürden. Welche ländliche Kommune kann sich da noch zusätzlich den Unterhalt von - zwangsläufig - zuschußbedürftigen öffentlichen Schienen- und Busverkehren leisten?

Was bleibt, ist die Bestrafung der ländlichen Bevölkerung, die die hohen Benzinpreise nicht mehr verkraftet. Aus der Zwei-Drittel-Gesellschaft bewegen wir uns dann auf die Ein-Drittel-Autofahrer-Gesellschaft zu.

(-/15. September 1993/rs/ks)

DOKUMENTATION

"Wir wollen nicht zurück zum wilhelminischen Obrigkeitsstaat"

Die Gustav-Heinemann-Initiative e.V. (GHI), zu deren Gründungsmitgliedern Inge Aicher-Scholl, Professor Walter Dirks, Professor Dr. Helmut Gollwitzer, Professor Max Güde, Dr. Helmut Simon und Carola Stern gehören, hat sich kritisch mit Forderungen nach dem großen Lauschangriff auseinandergesetzt. Die Erklärung im Wortlaut:

Wieder einmal rufen vor allem Unionspolitiker zum Kampf gegen organisierte Kriminalität auf und fordern deshalb den großen Lauschangriff. Obwohl in Deutschland wesentlich öfter und unkontrollierter Telefongespräche abgehört werden als in den viel größeren USA, reicht das den Befürwortern von immer mehr staatlicher Macht noch nicht. Was bisher vor allem bei Gefahr für die Sicherheit des Staates und für Menschenleben (zum Beispiel Geiselnahme, Morddrohung) als heimliche Maßnahme angeordnet werden kann, die selten überprüft und nicht einmal nachträglich bekanntgegeben werden muß, soll auf bloßen Verdacht bestimmter Straftaten hin erlaubt werden:

- Das heimliche Beobachten und Ausspähen mit optischen und elektronischen Hilfsmitteln der verdächtigen Bürgerinnen und Bürger selbst in der privatesten Sphäre, also bis ins Schlafzimmer oder die Badewanne;
- das Belauschen mit Wanzen, Richtmikrofonen und allen anderen erdenklichen technischen Mitteln überall und jederzeit auf Verdacht hin, also auch bis in den Privatbereich;
- dieselben gravierenden Eingriffe gegen völlig Unverdächtige, also bloße "Kontaktpersonen" wie etwa Arbeitgeber, VermieterInnen, KollegInnen, FreundInnen, Verwandte;
- das verdeckte Ermitteln durch eingeschleuste Spitzel in Verbrecherbanden, denen das Mitmachen bei Straftaten erlaubt sein soll. Von Polizisten würde verlangt, Straftaten nicht nur aufzudecken, sondern selbst zu begehen.

Entscheidende Grundrechte und demokratische Freiheiten der Bürgerinnen und Bürger, ja sogar zentrale Menschenrechte, sollen damit aufgehoben werden:

- Der Schutz der Menschenwürde, die nach Artikel 1 Grundgesetz (GG) unantastbar ist. Dieser Artikel darf nach Artikel 79 Absatz 3 GG nicht verändert werden (Ewigkeitsgarantie).
- Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung, das das Bundesverfassungsgericht aus dem Grundgesetz abgeleitet hat.
- Der Schutz von Ehe und Familie nach Artikel 6 GG. Die Angehörigen, die die Aussage verweigern dürfen, würden zu Belastungszeugen, wenn zum Beispiel abgehört wird, wie sie jemand seine Unrechttaten vorhalten, um ihn davon abzubringen.
- Das Post- und Fernmeldegeheimnis nach Artikel 10 GG, das schon länger immer mehr mißachtet wird.
- Die Unverletzlichkeit der Wohnung nach Artikel 13 Absatz 1 GG.
- Die Rechtsweggarantie des Artikel 19 Absatz 4 GG, die unseren Rechtsstaat auszeichnet: Wer von der Überwachung nichts weiß, kann auch kein Rechtsmittel einlegen.

Außerdem werden die demokratischen Verfassungsgrundsätze nach Artikel 20 GG verletzt: vor allem die Gewaltenteilung und die Bindung der staatlichen Gewalt - auch der Legislative - an die verfassungsmäßige Ordnung. Die Aufhebung der Trennung zwischen polizeilicher Exekutive und der Jurisdiktion war und ist eines der wichtigsten Kennzeichen der Diktatur. Die vorgeschlagene Mißachtung der Verfassung ermöglicht das Ende von Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.

Die angebliche Begründung mit dem Kampf gegen organisiertes Verbrechen rechtfertigt diese Aufgabe der Bürgerfreiheiten nicht. Sie ist zudem völlig unglaubwürdig.

Der Rechtsradikalismus wird verharmlost

Häufige und schwere Straftaten sind in letzter Zeit die Bandenüberfälle und Mordbrennereien rechtsradikaler Gruppen und Jugendbanden gegen ausländische Mitmenschen. Aber der Rechtsradikalismus wird aus durchsichtigen Gründen ständig verharmlost. Findet man ein Waffenlager bei einem Rechtsradikalen, war er nur "ein Waffennarr". Werden Brandanschläge oder Mordversuche verabredet, sind das "Alkoholexzesse" oder "Jugendkriminalität", oder es handelt (um den Bundeskanzler zu zitieren) "Irregeleitete Gewalttäter". Wird in Kneipen rechtsradikale Hetze betrieben, sind das "Stammtischparolen". Wird in heimlichen Gruppen ("Wehrsportgruppen") Mord und Terror geübt, ist das nur "verbotener Waffenbesitz". Die organisierte Nazi-Kriminalität im Hintergrund wird oft geleugnet, nicht untersucht und erst recht nicht ernsthaft bekämpft. Im Gegenteil! Ausländerfeindliche Sprüche waren und sind aus den Kreisen, die jetzt den Großen Lauschangriff fordern, immer wieder zu hören, am schlimmsten in der Asyldebatte. Es dürfte kein Zufall sein, daß mehrere Unionsparlamentarier in den letzten Monaten zu den Republikanern übergelaufen sind. Und es ist wohl auch kein Zufall, daß die Demonstration am Todestag von Rudolf Haß, dem Stellvertreter Hitlers als Führer der verbrecherischen NSDAP, in der CDU-Hochburg Fulda im Wahlkreis von Dr. Dregger stattfand, der nach eigenen Worten schon 1941 das Abendland in Rußland "verteidigte", und vor dem Dom des Bischofs Dr. Dyba, dessen Angriffe auf liberales Denken nur zu bekannt sind.

Die derzeitige Kampagne gegen "organisierte Kriminalität" richtet sich vor allem gegen Ausländer, gegen die italienische Mafia, die Russenmafia, die chinesischen Triaden, die polnischen Autoschieberbanden, die kolumbianischen Drogenkartelle, die internationalen Menschen-smuggler beziehungsweise Schlepperbanden. Die Atommafia dagegen, die deutsche Atomtechnik an Staaten liefert, die den Atomwaffensperrevertrag nicht akzeptiert haben, die Rüstungsmafia, die deutsche Waffen in Krisengebiete liefert und UN-Boykottmaßnahmen unterläuft, die Müllmafia, die deutschen Müll illegal exportiert, werden nicht erwähnt. Und beim Kampf gegen den internationalen Drogenhandel fällt kein Wort über die deutschen Drogen und die Tausende von Toten, die Alkohol-, Nikotin- und Arzneimittelmißbrauch jedes Jahr fordern. Die Verlogenheit des angeblichen Kampfes gegen die organisierte Kriminalität wird hier deutlich.

Dies zeigt sich auch in dem Gesetz von 1992 gegen die organisierte Kriminalität, das weder schwere Untreue, noch schweren Betrug, Industriespionage, Korruption oder Bestechung bekämpft.

Die Kampagne zur "inneren Sicherheit" soll offensichtlich mit ausländerfeindlichem Unterton Angst machen und von den Ursachen der Probleme ablenken. Die realen, täglichen Gefahren werden übergangen. Die meisten Menschen fallen in Deutschland dem Straßenverkehr zum Opfer. Aber die selben angeblich um die Menschen so besorgten Politiker bekämpfen alles, was vor Unfällen schützen könnte: Geschwindigkeitsbegrenzungen, Verbot von Alkohol am Steuer, Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs an Stelle des mörderischen Individualverkehrs. Statt der rechtsradikalen Mordbrenner und der Wirtschaftskriminellen bei uns werden Ausländer beschuldigt. Um alles zu dramatisieren und den Regierenden mehr Macht zuzuschancen, werden dabei die Menschenrechte nicht nur eingeschränkt, sondern im Kern angegriffen. Daß gerade in Deutschland in diesem Jahrhundert die schlimmsten Verbrechen von der Staatsgewalt ausgingen, wird nicht bedacht.

Wann die Gefahr für den inneren Frieden wächst

Dabei weiß jeder Informierte nur zu gut: Je mehr die sozialen Gegensätze wachsen, also die Reichen reicher und die Arbeitslosen und anderen Armen noch ärmer werden, desto größer wird die Gefahr für den inneren Frieden. Wer verarmt und keine Zukunftschancen mehr sieht, wird anfälliger für kriminelle Verlockungen. Wer sich ausgegrenzt und ungerecht behandelt fühlt, ist in Gefahr, seinen Protest auch rechtswidrig zu zeigen. Und wo Politik ungerecht wird, haben politische Rattenfänger die größten Chancen. Die Massenarbeitslosigkeit und die unsozialen Sparmaßnahmen vor 1933 waren bekanntlich der Nährboden für die Erfolge Hitlers.

Deshalb ist es nötig, die Ursachen der Kriminalität zu bekämpfen, also gegen die Ungerechtigkeiten unserer Gesellschaft, die Arbeitslosigkeit, die Wohnungsnot, das Fehlen von Lehrstellen anzugehen. Es ist dringend nötig, durch eine liberale Drogenpolitik die Beschaffungskriminalität zu verringern und den Drogenkartellen ihre Gewinne zu nehmen, statt durch Repression die Gewinne zu steigern und nicht einmal energisch gegen Geldwäsche vorzugehen. Offensichtlich wird der Anstieg der Kriminalität demagogisch benutzt, um mehr Staatsgewalt, mehr Möglichkeiten zur Überwachung der Bürger zu fordern und untergründig weiter gegen ausländische Mitmenschen Stimmung zu machen. Dem wollen wir widerstehen.

Nötig ist eine bessere Ausbildung, Bezahlung und Ausstattung der Polizei. Nötig ist die Anwendung bestehenden Rechtes gegen kriminelle Vereinigungen. Nötig sind Maßnahmen gegen Geldwäsche durch schärfere Kontrolle des Geldverkehrs und die Abschöpfung illegal erworbenen Vermögens. Das ist alles möglich ohne Einschränkung der Freiheitsrechte.

Deshalb erklärt der Vorstand der GHI:

- o Wir wollen nicht zurück zum wilhelminischen Obrigkeitsstaat.
- o Wir verwahren uns gegen Überwachungsmöglichkeiten, die durch die Garantie der Grundrechte ein für alle mal verboten sein sollten.
- o Wir fordern Achtung vor dem Grundgesetz und den Freiheitsrechten der Bürgerinnen und Bürger.
- o Wir fordern Vorbeugung gegen Verbrechen durch mehr soziale Gerechtigkeit und ernsthaften Kampf gegen Arbeitslosigkeit.
- o Wir fordern eine menschliche Gesellschaft, die die wirklichen Gefahren des Alltags bekämpft, aber ihnen mit rechtsstaatlichen und demokratischen Mitteln begegnet.
- o Wir sagen Nein zum großen Lauschangriff und zur Bespitzelung der Bürgerinnen und Bürger.

(-/15. September 1993/rs/ks)
